



14. Energiewende-Barometer der IHK-Organisation 2025

Energiewende im Standby –
Skepsis statt Aufbruch

 Gemeinsam MehrStromPartnerschaft



Deutsche
Industrie- und Handelskammer



Deutsche
Industrie- und Handelskammern

*Impressum***14. Energiewende-Barometer der IHK-Organisation 2025 – Unternehmensumfrage zur Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz**

Copyright	Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.
Herausgeber	© Deutsche Industrie- und Handelskammer Berlin Brüssel DIHK Berlin: Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29 Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0 Telefax (030) 20 308 1000 DIHK Brüssel: Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts B-1000 Bruxelles Telefon +32-2-286 1611 Telefax +32-2-286 1605 Internet: www.dihk.de
Redaktion	DIHK – Bereich Energie, Umwelt, Industrie Dr. Ulrike Beland, Dr. Sebastian Bolay
Stand	Juli 2025
Titelbild	© Imilian / Getty Images
Grafik	DIHK

Inhalt

Das Gesamtbild.....	3
Wer hat sich an der Umfrage beteiligt?.....	3
Der Barometerwert: Skepsis überwiegt.....	3
Energiepreise sind und bleiben ein negativer Standortfaktor.....	5
Zu wenig Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit sinkt weiter.....	5
Der Standort erodiert.....	7
Transformation mit Hemmnissen	8
Die Mehrheit der Unternehmen ist auf dem Transformationspfad.....	9
Handlungsvorschläge: Einfache und schnelle Wege zur Verbesserung.....	10
Anlage: Fragebogen.....	14

Das Gesamtbild

Den Unternehmen fehlt die Perspektive, wie sie möglichst rasch klimaneutral werden und gleichzeitig wettbewerbsfähig bleiben können. Das zeigt das diesjährige Energiewende-Barometer der IHK-Organisation. Die Betriebe blicken skeptisch auf die Energiewende, insbesondere die Industrie, wenn auch nicht ganz so negativ wie in den letzten beiden Jahren. Die Investitionen stagnieren, die Bürokratie hemmt, die Energiekosten bleiben hoch. Statt Aufbruch dominiert Abwarten. Derzeit fehlt das Vertrauen für den Weg in die Zukunft mit langfristigen und teuren Umstellungen auf neue Technologien. Viele Investitionen werden im Ausland getätigt. Der Standort Deutschland wird im internationalen Vergleich immer teurer.

Wer hat sich an der Umfrage beteiligt?

An der Umfrage haben 3.600 Unternehmen teilgenommen. Die Antworten kommen gut zur Hälfte aus der Dienstleistungsbranche (56 Prozent), gefolgt von Industrieunternehmen (23 Prozent) und Handel (15 Prozent). Unternehmen der Bauwirtschaft sind mit 6 Prozent am wenigsten vertreten.

In regionaler Hinsicht kommen die meisten Antworten mit 34 Prozent aus dem Westen Deutschlands, gefolgt von 32 Prozent aus dem Süden, 18 Prozent aus dem Osten und 16 Prozent aus dem Norden Deutschlands.

Dem Norden werden dabei die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, dem Süden Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die IHKs gestalten ihre Befragung so, dass die gewerbliche Wirtschaft vor Ort repräsentativ abgebildet wird (branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogene Unternehmensansprache, z. B. über Vollversammlungsmitglieder). Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt über eine regionale und branchenbezogene Gewichtung, die auf Beschäftigtenzahlen basiert. Alle Daten der Auswertungen sind gewichtete Zahlen. Die Befragung fand vom 10. bis zum 30. Juni 2025 statt.

Der Barometerwert: Skepsis überwiegt

Die generelle Einschätzung zur Energiewende in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit ist dieses Jahr mit einem Wert von minus acht etwas positiver als im Vorjahr. Die von der Energiepolitik stark betroffenen Industrieunternehmen sind dabei mit minus 26 weiter auf einem sehr negativen Niveau (Abb. 1).

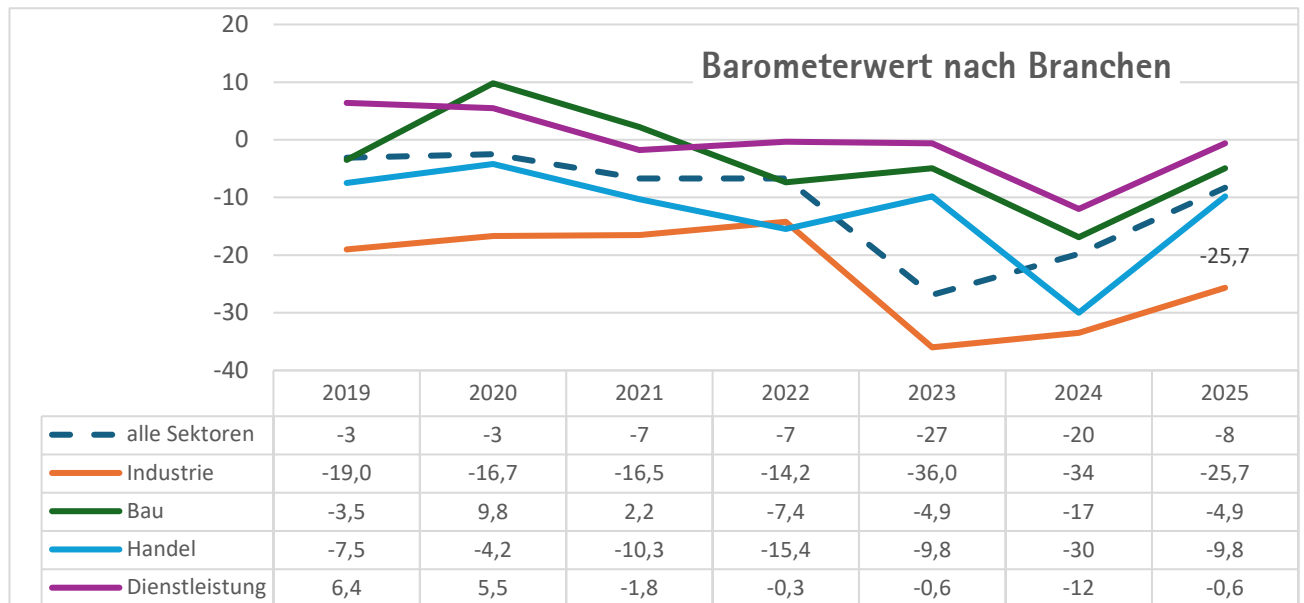


Abbildung 1: Barometerwert nach Branchen

Nach zwei Jahren sehr negativer Einschätzungen geht das Pendel damit wieder zu einem moderateren Minus zurück (Abb. 2). Der Krieg in der Ukraine und die Energiepreiskrise bedrängen nach Aussagen der Unternehmen nicht mehr ganz so stark. Damit wächst jedoch auch die Bedeutung der nationalen Politik mit ihren verbleibenden Defiziten.

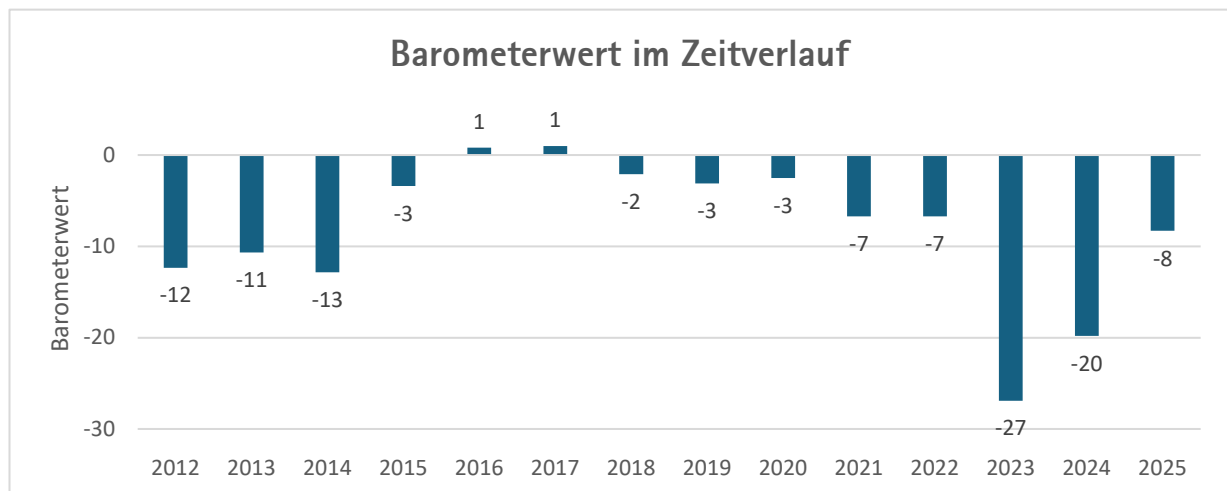
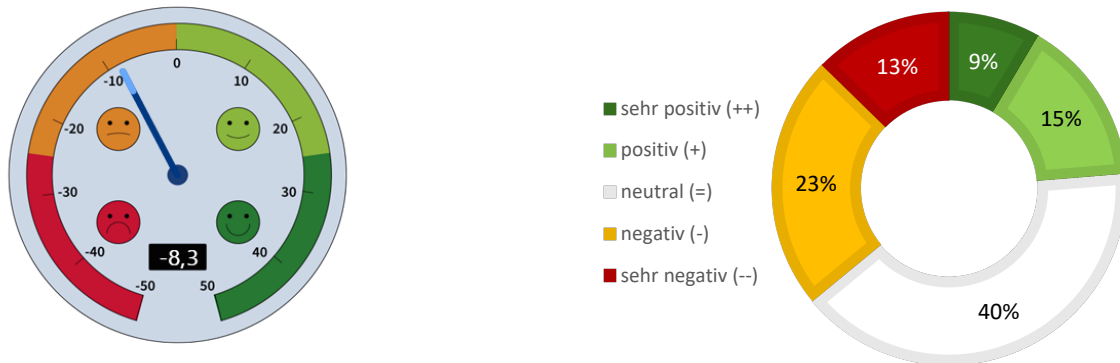


Abbildung 2: Barometerwert im Zeitablauf

Der Barometerwert liegt bei minus 8,3 auf einer Skala von minus 100, „sehr negativ“, bis plus 100, „sehr positiv“. Es überwiegen also die negativen Einschätzungen (Abb. 3). Knapp ein Viertel der Unternehmen (24 Prozent) beurteilt die Auswirkungen der Energiewende positiv, gut ein Drittel (36 Prozent) negativ.

Abbildung 3: Energiewende-Barometer Wert und Einschätzungen



Energiepreise sind und bleiben ein negativer Standortfaktor

Etwa die Hälfte der Unternehmen berichtet von gestiegenen Preisen für Strom und Wärme (Gas, Fernwärme, Heizöl) in den letzten zwölf Monaten. Das mutet vordergründig überraschend an, sind doch die Preise aus Sicht der Öffentlichkeit wieder gesunken. Tatsächlich sind nach Höchstpreisen in der akuten Phase der Energiekrise und einer deutlichen Entspannung Anfang 2024 die Börsenpreise für Strom und Gas zuletzt wieder angestiegen.

Mit der Diversifizierung der deutschen Gasversorgung über Flüssigkeit (LNG) hängen die deutschen Gas- und Strompreise nun direkt am Weltmarktgeschehen, zeigen damit auch eine deutlich höhere Volatilität als bisher gekannt und liegen im Vergleich zum langjährigen Vorkrisenniveau immer noch signifikant höher. Zudem werden die individuellen Beschaffungskosten durch einen hohen Anteil staatlich induzierter zusätzlicher Preisbestandteile determiniert, insbesondere für Strom. Und auch diese Bestandteile sind im Wesentlichen durch einen Anstieg geprägt, sei es bei den Netznutzungsentgelten – hier gerade auch bei Gas –, den netzbezogenen Umlagen oder bei den CO₂-Preisen im Emissionshandel.

Zu wenig Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit sinkt weiter

Investitionen in Kernprozesse und Klimaschutzmaßnahmen sind, wie im Vorjahr, von hohen Energiepreisen negativ betroffen. Die Wettbewerbsfähigkeit nimmt aus Sicht der Unternehmen weiter ab. 41 Prozent der Unternehmen und sogar 63 Prozent der Industrieunternehmen sehen die Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr.

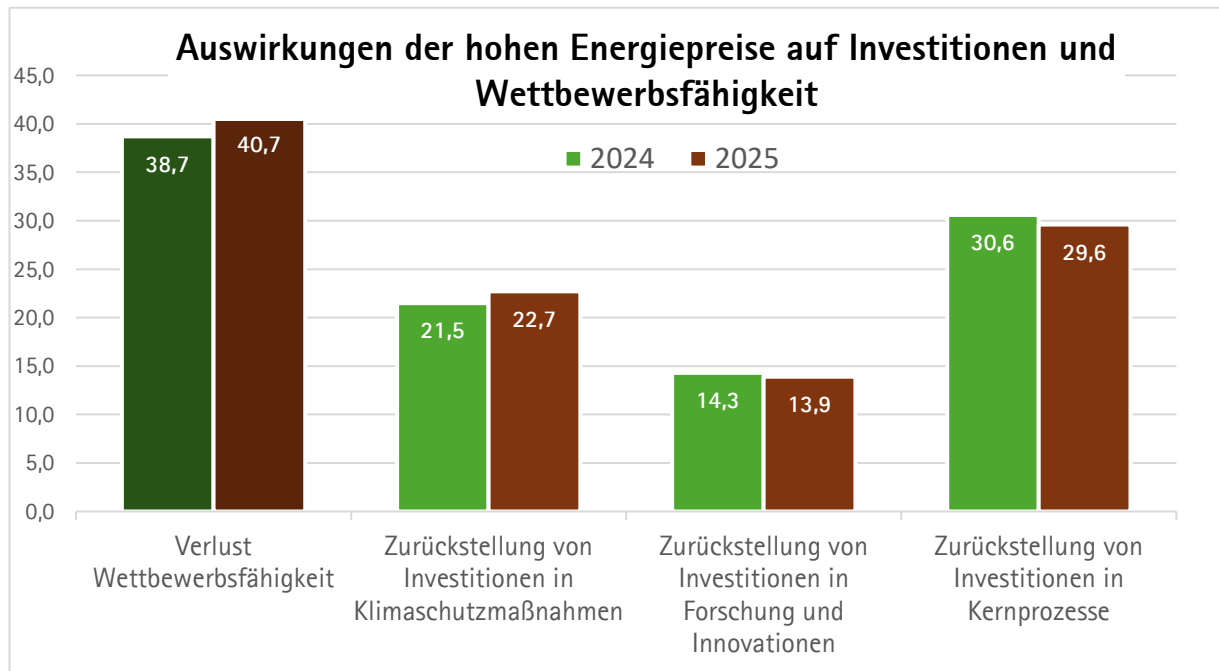


Abbildung 4: Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit

Ins Auge fällt, dass im Vergleich zum Vorjahr Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen stärker zurückgestellt werden, Investitionen in Kernprozesse sowie in Forschung und Entwicklung sind etwas weniger betroffen.

In der Industrie ist diese Tendenz noch deutlicher ausgeprägt und die Investitionszurückhaltung in allen Investitionsbereichen größer.

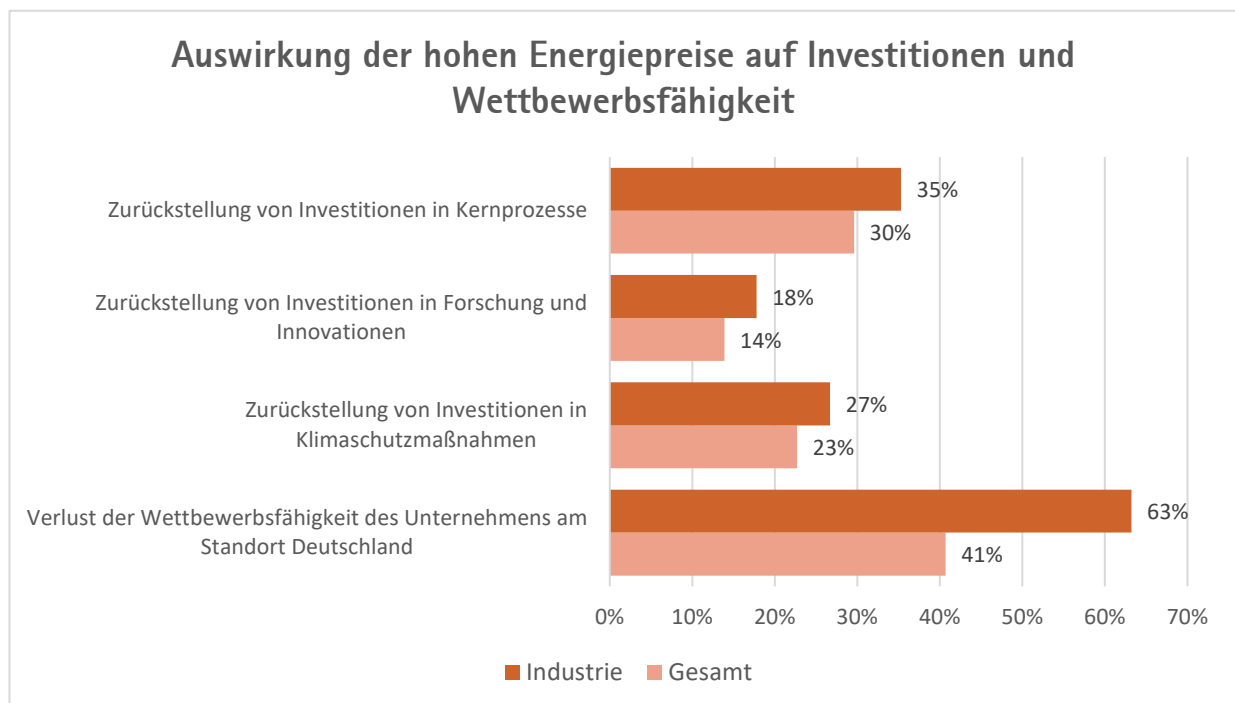


Abbildung 5: Auswirkungen Investitionen Industrie

Die Energiekosten belasten also viele Unternehmen, weniger Investitionen sind die Folge. Ein Dienstleister aus Ostdeutschland drückt dies so aus:

„Die dauerhaft hohen Energiepreise wirken wie ein doppelter Bremsklotz – sowohl für die Investitionsbereitschaft als auch für die Planungssicherheit mittelständischer Unternehmen wie unseres. Besonders in technologiegetriebenen Feldern entsteht dadurch ein kritischer Zielkonflikt: Die notwendige Transformation in Richtung klimafreundlicher, effizienter Technologien wird ausgerechnet durch jene Energiekosten erschwert, die sie eigentlich bekämpfen soll.“

Der Standort erodiert

Die Abwanderung ins Ausland aufgrund der Entwicklungen in der Energie- und Klimapolitik ist weiter bemerkenswert stark ausgeprägt. Sie nimmt zwar über alle Unternehmen gesehen in diesem Jahr leicht ab, bei der Industrie insgesamt und besonders bei den großen Industrieunternehmen jedoch weiter zu. Fast zwei Drittel der großen Industriebetriebe realisieren oder planen Einschränkungen der Produktion im Inland.

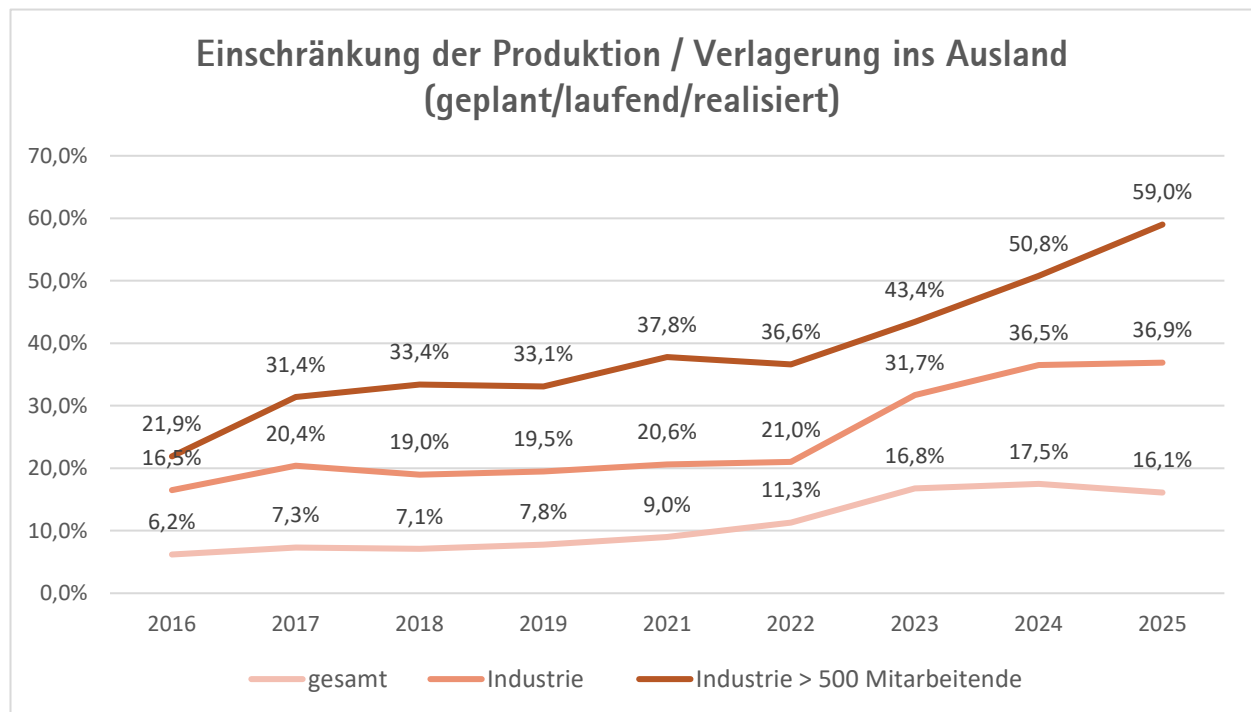


Abbildung 6: Verlagerung ins Ausland

Ein Dienstleistungsunternehmen aus Ostdeutschland formuliert das Problem treffend:

„Unternehmen stehen zunehmend unter Druck, produktionsnahe Investitionen ins Ausland zu verlagern, um internationale Märkte überhaupt noch bedienen zu können. Das gefährdet nicht nur unsere lokale Wertschöpfung, sondern fördert eine schleichende Kompetenzabwanderung.“

Über den Verlust von Wertschöpfungsketten sind weitere Betriebe in Deutschland betroffen:

„Ein großer Teil unserer Kunden investiert im günstigeren Ausland. Und nutzt dann dort lokale Partner. Und da wir Investitionsgüter (Maschinen) herstellen, fehlen uns diese Aufträge und damit eigene Investitionsmöglichkeiten.“ (Industrieunternehmen, Westen)

Transformation mit Hemmnissen

Bei den Transformationshemmnissen zeigt sich ein klares Bild: Bürokratie steht als Problem an erster Stelle. Sie wird von vielen Unternehmen als größtes Hindernis für Investitionen und die Umsetzung von Energieprojekten benannt. Die explizit genannten Defizite reichen von zu komplexen Genehmigungsverfahren über das Marktstammdatenregister bis hin zu aufwendigen Förderanträgen und neuen Berichtspflichten. Die Forderungen der Unternehmen sind eindeutig: Sie wünschen sich einfachere Prozesse, eine umfassende Digitalisierung der Behörden sowie mehr Praxisnähe anstelle kleinteiliger Regulierung bei der Energiewende. Beispiele:

„Der Prozess zur Erreichung der Energiewende würde viel schneller und einfacher vonstattengehen, wenn ein maßgeblicher Bürokratieabbau vorausgegangen wäre.“ (Westen, Dienstleistung)

„Hauptsache weniger Bürokratie, Kontrollen, Audits und Co.“ (Westen, Dienstleistung)

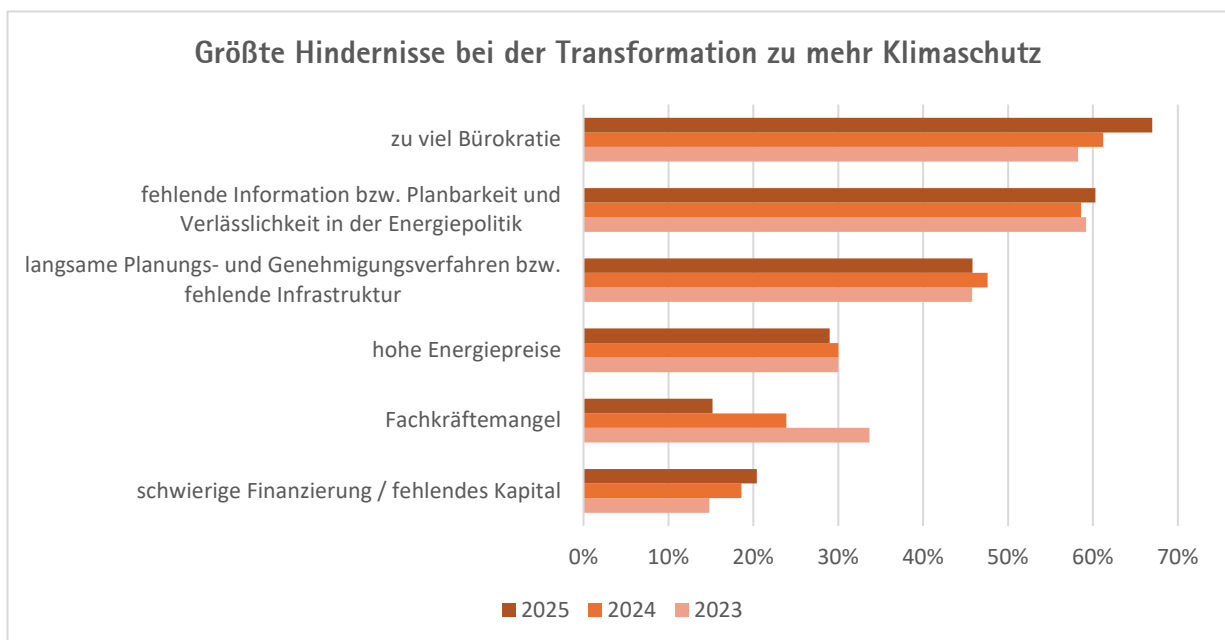


Abbildung 7: Hindernisse bei der Transformation

An zweiter, aber nach wie vor zentraler Stelle unter den Transformationshemmnissen stehen unzureichende Information und fehlende Planbarkeit. Die Vielzahl neuer Vorschriften sowie das Tempo und die Kurzfristigkeit der Gesetzgebung sorgen bei vielen Unternehmen für Unsicherheit. Insbesondere die politische Unbeständigkeit wird kritisch gesehen: Häufig wechselnde Fördersysteme und plötzliche Regulierungsänderungen behindern verlässliche Investitionsentscheidungen. Es fehlt an einer langfristig ausgerichteten, parteiübergreifenden Energiepolitik mit Planungssicherheit über Legislaturperioden hinaus. Beispiele:

„Wir wünschen uns vom Gesetzgeber die langfristige Planbarkeit notwendiger Maßnahmen auf dem Weg zur Treibhausgasreduktion und Klimaneutralität – über mindestens zehn Jahre hinaus.“ (Süden, Industrie)

„Die Politik muss ganz dringend klare Aussagen treffen, damit die Unternehmen Sicherheit haben, wohin die Entwicklung geht. Planungssicherheit steht – neben Energiepolitik und Bürokratieabbau – ganz oben. An den letzten Punkt glaube ich leider nicht.“ (Süden, Handel)

An dritter Stelle der Transaktionshemmer stehen langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren bzw. fehlende Infrastruktur. Hier erfahren die Unternehmen sehr konkrete Hemmnisse bei ihren Bemühungen um Transformation. Beispiel:

„Wir haben uns noch kein Klimaziel gesetzt, da es am ganz langen Ende ein Würfeln ist und aktuell keine vernünftige Planung möglich ist.“ (Westen, Dienstleistung)

Die drei Faktoren „hohe Energiepreise“, „Fachkräftemangel“ und „schwierige Finanzierung“ werden etwas weniger als Hemmnis angesehen. Allerdings konnten in dieser Frage auch nur drei Haupthindernisse angekreuzt werden. Und die Einschätzung hoher Energiepreise als Transformationshemmnis hängt stark von der Betroffenheit ab. Bei energieintensiven Industrieunternehmen gehören hohe Energiepreise mit 52 Prozent Zustimmung zu den drei wichtigsten Hemmnissen – wichtiger als langsame Genehmigungsverfahren.

Die Mehrheit der Unternehmen ist auf dem Transformationspfad

Viele Unternehmen sind auf den Weg Richtung betriebliche Klimaneutralität. Gut 40 Prozent wollen bis 2040 klimaneutral sein (Abb. 8). Bis 2045 setzen sich 89 Prozent der Unternehmen ein eigenes Klimaneutralitätsziel oder sind bereits klimaneutral, in der Industrie mit ihren besonders hohen Herausforderungen, fossile Energie bei der Prozessenergie zu ersetzen, sind es etwas weniger, aber auch 81 Prozent.

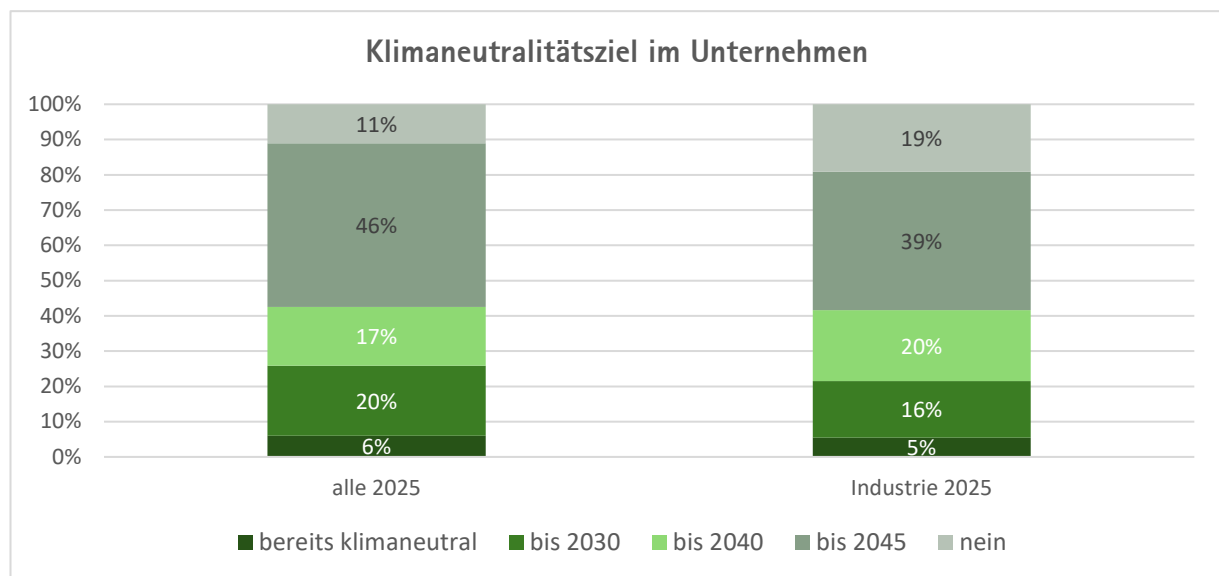


Abbildung 8: Klimaneutralitätsziel Industrie

Handlungsvorschläge: Einfache und schnelle Wege zur Verbesserung

Die Probleme sind benannt: Zu hohe Energiekosten, zu viel Bürokratie, zu wenig Verlässlichkeit in der Politik. Mit einer langen Liste von Folgeproblemen ließe sich die Aufzählung fortsetzen: fehlende Wettbewerbsfähigkeit, fehlendes Vertrauen in die Politik, hohe Unsicherheit für Investitionen, zunehmende Abwanderung, fehlende Innovationen und fehlender technologischer Fortschritt, weniger Unternehmertum, zunehmende Regulierungen und auch staatliche Schulden für ein Gegensteuern. Die DIHK plädiert dafür, vor allem an folgenden Punkten anzusetzen.

1. Niedrige Strompreise

Steuern und Abgaben auf den Strompreis sollten weiter gesenkt werden. 82 Prozent der Unternehmen stehen hinter dieser Forderung. Die Zustimmung hat gegenüber dem letzten Jahr noch einmal deutlich zugenommen, obwohl die Befragung vor der Ankündigung der Bundesregierung stattfand, die Stromsteuer nicht für alle Verbraucher auf das europäische Mindestmaß zu senken. In der Industrie ist die Zustimmung zu diesem Punkt mit 88 Prozent am größten. Günstiger Strom ist jedoch für alle Unternehmen notwendig. Hohe Stromkosten sind ein Transformationshemmnis und ein Standortdefizit.

2. Eigenversorgung und PPAs: Mehr Markt und mehr Unterstützung

Die Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge (PPAs) sollten verbessert werden. 81 Prozent der Unternehmen fordern dies. Der Staat sollte mit schnellen Genehmigungen und niedrigen Abgaben unterstützen, dass Unternehmen sich aktiv an der Transformation beteiligen. Direktstromlieferverträge sind hierfür ein zentraler Baustein. Viele Unternehmen aus Gewerbe und Industrie engagieren sich bereits. Die Bundesregierung sollte das unterstützen durch Verzicht auf Netzentgelte bei der Eigenversorgung, Vorrang bei den Stromanschlüssen und Investitions- statt Betriebskostenförderung. Der DIHK-Vorschlag der StromPartnerschaft kombiniert einen Investitionsschuss von 25 Prozent für neu errichtete Photovoltaik und Windkraftanlagen an Land und eine Senkung der Netzentgelte für die Nutzung des Direktstroms um 2 Cent je Kilowattstunde. Damit kann der marktliche Ausbau erneuerbarer Energien kosteneffizient vorangetrieben werden.

3. Energienutzung: Weniger Regulierung, mehr Flexibilität

Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit sollten die Leitprinzipien für Energieeffizienz sein. Nach wie vor halten etwa 8 von 10 Unternehmen (77 Prozent) die Prinzipien Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit für essenziell in der Energieeffizienzpolitik. Statt Regulierung und Bürokratie auf allen Gebieten der Energiewende brauchen wir Vertrauen in die Wirtschaft, Technologieoffenheit und marktliche Lösungen. Konkret sollte das Energieeffizienzgesetz und das Gebäudeenergiegesetz entschlackt und von planwirtschaftlichen Ansätzen befreit werden. Denn auffällig ist, dass die Zustimmung zu den Prinzipien der Freiwilligkeit seit der Diskussion und den Beschlüssen zu Heizungs- und Energieeffizienzgesetz im Jahr 2023 sprunghaft gestiegen ist. Zwei Unternehmen berichten dazu:

„Bitte, bitte nicht noch mehr Bürokratie und Selbstberechtigungsgründe; bitte, bitte die deutsche Regulierungswut bändigen und einfach mal Vertrauen in Menschen, die mit persönlichem Risiko Technologie und Fortschritt nach vorne bringen.“ (Industrie, Westen)

„Mehr tun, weniger berichten sollte die Maxime werden. Im Übrigen sollte man uns nicht sagen, wie wir ganz genau alles tun sollen, sondern einfach nur ein Ziel vorgeben und den Weg dorthin offenlassen.“ (Handel, Süden).

Am höchsten ist die Zustimmung zu den Leitprinzipien mit 85 Prozent im Industriesektor, wohingegen sie im Dienstleistungssektor nur bei etwa 75 Prozent liegt.

4. Die Transformation braucht eine verlässliche Infrastruktur

Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen sind ein zunehmendes Problem, das durch eine höhere Priorisierung einer stabilen Energieversorgung gelöst werden muss. 72 Prozent der Unternehmen sehen dies als eine wichtige Forderung an. Rund ebenso viele Unternehmen sehen Störungen in der Stromversorgung als bedeutend oder steigend in der Bedeutung an. Sowohl der Anteil an Unternehmen mit Stromausfällen von weniger als auch der von mehr als drei Minuten ist in den Jahren 2022 bis 2024 deutlich gestiegen und dieses Jahr auf hohem Niveau geblieben. Die Versorgungssicherheit wird entsprechend von den Unternehmen als noch stabil, aber zunehmend beeinträchtigt wahrgenommen. Diese Unsicherheit wird von den Unternehmen so ausgedrückt:

„Allein die Unsicherheit, wie sich die Energiepreise und Versorgungssicherheit perspektivisch entwickeln dürften, stellt einen erheblichen Faktor dar.“ (Handelsunternehmen Osten)

Verbesserungen liegen in ausreichenden und bezahlbaren Stromnetzen, aber auch in einer intelligenten, digitalen Steuerung der Energiemärkte bei Verbrauchern oder wie es dieses Unternehmen ausdrückt:

„Für eine hohe Versorgungssicherheit sind alle Elemente wichtig: Netzausbau, Nutzung von Flexibilitäten (Speicher, Lastverschiebung, Sektorenkopplung), steuerbare Leistungen.“ (Dienstleistung, Westen)

5. Klimaneutralität geht nur mit Technologieoffenheit

CO₂-Abscheidung, -Transport und -Nutzung bzw. -Speicherung müssen möglich gemacht werden. Eine Mehrheit von 51 Prozent steht hinter dieser Forderung. Besonders in den energieintensiven Branchen wie beispielweise Glas, Chemie oder Stahl (56 Prozent Zustimmung), aber auch in der Bauindustrie (57 Prozent Zustimmung) ist die CO₂-Abscheidung, Nutzung und Speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) oder Nutzung (Carbon Capture and Utilization, CCU) notwendig, weil CO₂-Emissionen nicht vermieden werden können. Eine technologieoffene Energiepolitik muss CO₂-Technologien aber auch in der Breite zulassen. Denn es ist ein Weg zur Klimaneutralität. Ein Unternehmen drückt es so aus:

„Alle bekannten Energieformen und -quellen sollten auch zukünftig nutzbar bleiben. Dafür müssen CCS oder CCSU ermöglicht werden. Die Konzentration auf Strom ist ein technischer Irrweg, weil es viele industrielle Prozesse gibt, die nicht verstrombar sind.“ (Industrie, Westen)

Ein gesetzlicher Rahmen sowie die Infrastruktur für eine Nutzung der CC(U)S-Technologie in industriellem Ausmaß ist dafür nötig. Auch die mit der Technologie einhergehenden Kosten stellen ein Hindernis für einen breiten Einsatz der Technologie dar. Dies sorgt weiterhin für mangelnde Planungssicherheit in den Betrieben.

6. Wasserstoff braucht Realismus

Der Zugang zu Wasserstoff als Energieträger sollte für Unternehmen aller Branchen und in allen Regionen planungssicher hergestellt werden. Die Zustimmung zu einem Zugang zu Wasserstoff für alle und überall nimmt im Zeitverlauf ab. In diesem Jahr stimmen noch 45 Prozent dieser Forderung zu – ohne Unterschied zwischen den Branchen, der Energieintensität und der Unternehmensgröße. Hohe Relevanz trifft hier auf hohe Unsicherheit. Wasserstoff bleibt zum einen auch 2025 neben der Elektrifizierung und CC(U)S ein zentraler Baustein der (industriellen) Transformation. Für viele Unternehmen ist der Zugang zu kohlenstoffarmem und grünem Wasserstoff essenziell, um die Klimaneutralität erreichen zu können. Zum anderen zeigt sich: Die Unsicherheiten nehmen spürbar zu. Noch immer fehlt es an Klarheit über den zeitlichen und regionalen Ausbau der Infrastruktur. Auch die hohen Kosten und die ungewisse

Wettbewerbsfähigkeit von Wasserstoff sowie offene Fragen rund um Zertifizierung und Abnahmeverträge lassen Unternehmen zögern. Diese Unsicherheit spiegelt sich in den aktuellen Befragungsergebnissen wider.

7. Grüne Leitmärkte: Chancen nutzen, Risiken kennen

Grüne Leitmärkte sollten eingeführt werden, um klimafreundliche Technologie marktfähig zu machen, auch wenn dafür zusätzliche Vergabekriterien, Nutzungs- oder Beimischungsquoten notwendig werden. Dieser Forderung stimmt gut ein Drittel der Unternehmen zu, während gut ein Viertel skeptisch ist.

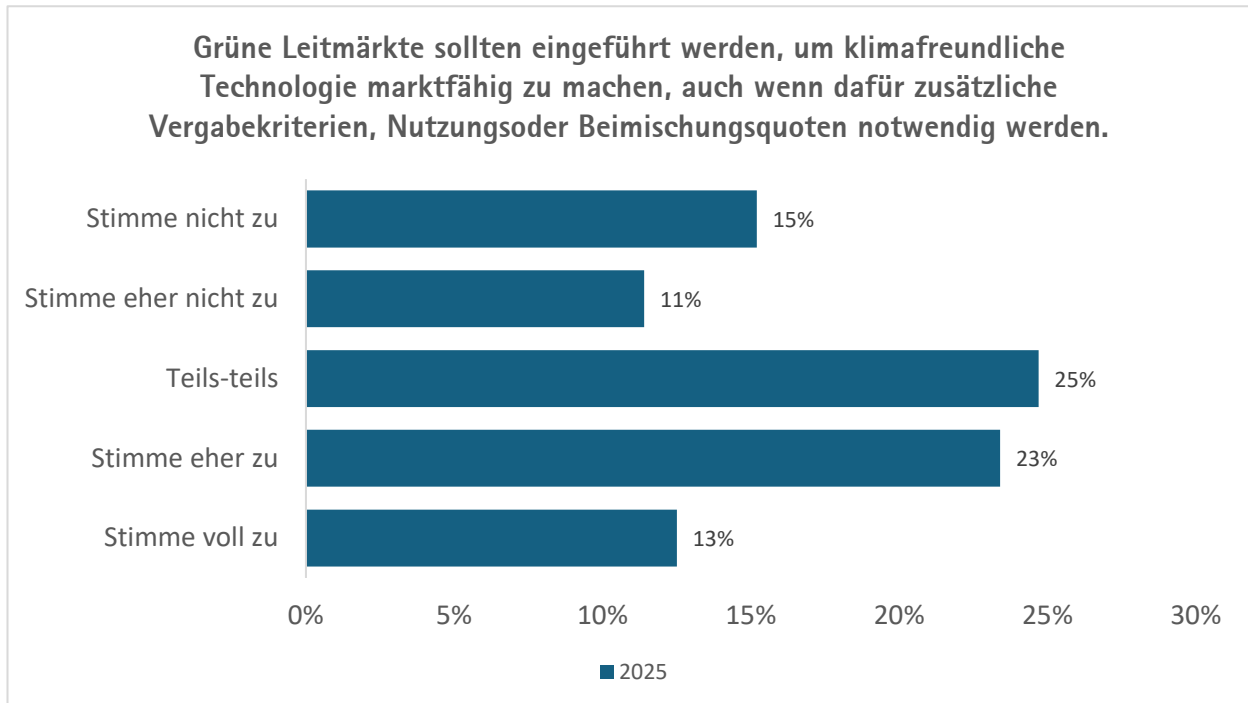


Abbildung 9: Grüne Leitmärkte

Die unterschiedliche Sichtweise läuft quer durch alle Unternehmen und auch quer durch die Industrie, wie sich an zwei Zitaten deutlich machen lässt:

„Grüne Leitmärkte sind absolute Planwirtschaft und in hohem Maße Gift für unsere Wettbewerbsfähigkeit!“ (Norden, Industrie)

„Wasserstoffeinsatz, CO₂-Abscheidung und grüne Leitmärkte erfordern nicht nur zur Einführung, sondern wegen internationaler Wettbewerbsfähigkeit sogar dauerhafte Subventionen, die die finanziellen Spielräume von Bund und Ländern oder die Steuerzahler überfordern.“ (Süden, Industrie)

Die Politik sollte Leitmärkte als marktwirtschaftliches Instrument also mit möglichst wenig Regulierung und wenig vergabefremden Kriterien einführen. Die Komplexität muss handhabbar bleiben, gerade für kleinere Unternehmen. Leitmärkte sollten überwiegend marktwirtschaftlichen Prinzipien folgen.

8. Emissionshandel darf die Wirtschaft nicht abwürgen

„Der Emissionshandel sollte weiter ausgebaut werden, auch wenn dadurch die CO₂-Preise im nationalen und europäischen Emissionshandel steigen.“ Dieser Aussage stimmt nur noch ein Drittel der Unternehmen (34 Prozent) voll oder überwiegend zu, 40 Prozent stimmen ganz oder eher nicht zu. Die Zustimmung nimmt seit 2023 ab, deutlicher noch in der Industrie (Ablehnung 45 Prozent) als in der Gesamtwirtschaft. Der Grund ist klar: Der Emissionshandel führt zu steigenden CO₂-Preisen und ist eine

Sonderlast in der EU, die Reduktion von Klimagasen führt in den Betrieben zu hohen Investitionskosten. Gleichzeitig gibt es kaum eine Zahlungsbereitschaft für klimafreundliche Produkte. Das Risiko der Standortverlagerung (Carbon Leakage) ist daher hoch, solange Deutschland und Europa beim Klimaschutz sehr viel schneller vorangehen als andere Wirtschaftsräume.

Ein Bauunternehmer aus Süddeutschland beschreibt die Herausforderung so:

„Wir müssen zeigen, dass wir mit einer CO₂-reduzierten Produktion auch wirtschaftlich stark sein können und nicht durch einen deutschen/europäischen Alleingang durch zu hohe Klimavorgaben unsere Wirtschaft abwürgen!“

Anlage: Fragebogen

Die vorliegende Auswertung beruht auf den folgenden Fragen:

Teil I: Statistik

Welcher Branche gehört Ihr Unternehmen an?

Industrie

Bau

Handel

Dienstleistung

Wie viele Mitarbeiter hat Ihr Unternehmen?

0 - 9

10 - 19

20 - 249

250 - 499

500 - 999

über 1000

Wie hoch ist der Anteil Ihrer Energiekosten/Stromkosten am Umsatz?

Antwortkategorien: 0 - 2 % 2 - 4 % 4 - 14 % 14 % und mehr

Energie insgesamt (inklusive Heiz- und Kraftstoffkosten)

Stromkosten

Teil II: Politik

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?

sehr positiv

positiv

neutral

negativ

sehr negativ

keine Einschätzung möglich

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der hohen Energiepreise auf Ihre Investitionen?

Die höheren Ausgaben aufgrund der Stromkosten und/oder Gaspreise führen insgesamt zu:
(Mehrfachnennungen möglich)

Zurückstellung von Investitionen in Kernprozesse

Zurückstellung von Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen

Zurückstellung von Investitionen in Forschung und Innovationen

Verlust der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens am Standort Deutschland

Keine derartigen Auswirkungen

Sonstiges (Freitext)

Was sind die drei größten Hindernisse bei Ihren Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz?
(drei Nennungen möglich)

Fachkräftemangel
hohe Energiepreise
fehlende Information bzw. Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik
schwierige Finanzierung bzw. fehlendes Kapital
langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren bzw. fehlende Infrastruktur
zu viel Bürokratie
Sonstiges

Inwieweit stimmen Sie den folgenden politischen Maßnahmen zu, um Energiewende und Klimaschutz sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten?

Antwortkategorien: Stimme voll zu – stimme eher zu – teils-teils – stimme eher nicht zu – stimme nicht zu – keine Einschätzung

- 1 Der Emissionshandel sollte weiter ausgebaut werden, auch wenn dadurch die CO₂-Preise im nationalen und europäischen Emissionshandel steigen.
 - 2 Steuern und Abgaben auf den Strompreis sollten weiter gesenkt werden.
 - 3 Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit sollten die Leitprinzipien für Energieeffizienz sein.
 - 4 Die Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge (PPAs) sollten verbessert werden.
 - 5 Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen sind ein zunehmendes Problem, das durch eine höhere Priorisierung einer stabilen Energieversorgung gelöst werden muss.
 - 6 Der Zugang zu Wasserstoff als Energieträger sollte für Unternehmen aller Branchen und in allen Regionen planungssicher hergestellt werden.
 - 7 CO₂-Abscheidung, -Transport und -Nutzung bzw. -Speicherung müssen möglich gemacht werden.
 - 8 Grüne Leitmärkte sollten eingeführt werden, um klimafreundliche Technologie marktfähig zu machen, auch wenn dafür zusätzliche Vergabekriterien, Nutzungs- oder Beimischungsquoten notwendig werden.
- Platz für Ergänzungen (Freitextfeld)

Teil III: Fragen zu Handlungsfeldern in der Energiewende

Wie haben sich Ihre Strom- und Energiepreise in den vergangenen zwölf Monaten entwickelt?

Antwortkategorien: nicht relevant – gestiegen – gleich geblieben – gesunken

Strompreise
Energiepreise für Wärme (Gas, Fernwärme, Heizöl)
Energiepreise für Transport (Benzin, Diesel)

Welche Maßnahmen mit Außenwirkung ergreift Ihr Unternehmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik?

Antwortkategorien: Keine Angabe – geplante Maßnahme – bereits laufende Maßnahme – bereits realisierte Maßnahme – keine Maßnahme geplant

Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland/Einschränkung der Produktion im Inland

Hat sich Ihr Unternehmen zum Ziel gesetzt, klimaneutral zu werden?

ja, bereits klimaneutral

ja, klimaneutral bis 2030

ja, klimaneutral bis 2040

ja, klimaneutral bis 2045

nein